

Sehr geehrter Herr / sehr geehrte Frau ...,

als *Bürgerin/Bürger* aus Ihrem Wahlkreis wende ich mich mit der Bitte an Sie, ein aktuell diskutiertes Gesetzesvorhaben (Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung) kritisch zu prüfen, nach dem Zahnärzte und Zahnärztinnen künftig daran gehindert werden sollen, kieferorthopädische Leistungen zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung zu erbringen.

Hintergrund meines Anliegens sind meine eigenen sehr positiven Erfahrungen mit einer kieferorthopädischen Behandlung, die vollständig durch meinen langjährigen Zahnarzt durchgeführt wurde. Ich *bin Mutter/Vater* eines *Kindes/Jugendlichen*, das sich zurzeit in kieferorthopädischer Behandlung befindet. Dabei handelt es sich nicht um einen Fachzahnarzt für Kieferorthopädie, sondern um einen qualifiziert fortgebildeten *Zahnarzt / eine Zahnärztin*.

Ich habe die Behandlung als qualitativ hochwertig, transparent und gut koordiniert erlebt. Kurze Wege, klare Zuständigkeiten und ein hohes Vertrauensverhältnis haben dazu geführt, dass wir unser Kind durchgängig in guten Händen wissen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum diese bewährte Versorgungsform künftig ausgeschlossen werden soll, obwohl sie für viele Patientinnen und Patienten einen niederschweligen Zugang zu notwendiger Behandlung ermöglicht.

Aus Patientensicht erscheint es problematisch, wenn gesetzliche Regelungen nicht primär an der Qualität der Versorgung und am konkreten Nutzen für die Versicherten ausgerichtet sind, sondern an formalen Abgrenzungen zwischen Berufsgruppen. Entscheidend sollte aus meiner Sicht sein, dass die Behandlung fachlich qualifiziert, wirtschaftlich und patientengerecht erfolgt – unabhängig davon, ob sie von einem spezialisierten Zahnarzt oder einem kieferorthopädisch tätigen Leistungserbringer durchgeführt wird.

Ich möchte Sie daher bitten, sich im Rahmen Ihrer parlamentarischen Tätigkeit dafür einzusetzen, dieses Gesetzesvorhaben kritisch zu hinterfragen und die Perspektive der Patientinnen und Patienten angemessen zu berücksichtigen. Eine Einschränkung bewährter Versorgungswege würde für viele Familien eine zusätzliche Belastung durch Zeitaufwand und lange Wege bedeuten.

Für Ihr Engagement im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Ihres Wahlkreises danke ich Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen